



Kiel, 21. Februar 2019
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1154
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 50. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 20. Februar 2019, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. „Reichsbürger*innenbewegung“ in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 19/1069](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Innenministeriums entgegen, an den sich eine Diskussion anschloss. Staatssekretär Geerds stellte dem Ausschuss einen Bericht über Entwicklungen im Bereich waffenrechtlicher Erlaubnisse unter potenziellen Reichsbürgerinnen und -bürgern für Dezember 2019 in Aussicht. Weiter sagte er zu, im Laufe der kommenden Wochen schriftliche Stellungnahmen von öffentlichen Stellen wie den kommunalen Landesverbänden, den Verband der Gerichtsvollzieher und den Polizeibehörden einzuholen, die mit dem in Rede stehenden Personenkreis in direkten Kontakt kämen.

2. Bericht der Landesregierung zur Geheimhaltung des von Beamten des LKA Mecklenburg-Vorpommern im Auftrag des LKA Schleswig-Holstein im Jahr 2012 erstellten Abschlussberichtes über Vorwürfe gegen Polizeiführer im Zusammenhang mit Ermittlungen zum „Subway“-Fall durch das Innenministerium

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/2039](#)

Die Landesregierung berichtete dem Ausschuss mit Bezugnahme auf ihre Beantwortung der Kleinen Anfragen, [Drucksachen 19/1212](#), [19/1213](#) und [19/925](#), über den Gegenstand des Berichtsantrags der SPD-Fraktion und antwortete auf Fragen aus dem Ausschuss.

3. Rechtssicherheit beim Fotografieren in der Öffentlichkeit erhalten

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/723](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

4. Durchführung der Wahl der Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1221](#)

Der Ausschuss kam überein, Wahlvorschläge aus den Fraktionen abzuwarten und in seiner Sitzung am 13. März 2019 die Wahl der Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter durchzuführen.

5. Entwurf eines Gesetzes für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft (Brexit-Übergangsgesetz - BrexitÜG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1205](#)

Einstimmig beschloss der Ausschuss, sich dem Votum des federführenden Europaausschusses anzuschließen, und schloss damit seine Beratung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 19/1205](#), ab.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landespressegesetzes (LPrG)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1178](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Umdruck 19/2059](#)

Nach kurzer Aussprache beschloss der Ausschuss einstimmig die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zu den oben genannten Vorlagen mit Frist zur Benennung der Anzuhörenden durch die Fraktionen zum 1. März 2019. Er bat den Wissenschaftlichen Dienst um die Beantwortung einer von Abg. Rossa vorgetragene Frage zur Interpretation des Wortlauts „unbeschränkte Verfolgbarkeit“ im Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/1178](#).

7. a) Änderung des Gesetzes des Landes über die Besoldung der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter (Besoldungsgesetz Schleswig-Holstein - SHBesG)

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1210](#)

b) Amtsbezeichnungen für Rechtspfleger ändern

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1208](#)

c) Funktionelle Zuständigkeiten in der Justiz neu regeln

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1209](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss, das Finanzministerium zum Gesetzentwurf des SSW, [Drucksache 19/1210](#), sowie das Justizministerium zu den Anträgen des SSW, [Drucksachen 19/1208](#) und [19/1209](#), jeweils um einen Bericht in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu bitten.

8. Verschiedenes

- a) Bezüglich der Beratung der [Drucksachen 19/930](#) und [19/979](#) - Klare Regeln für Vermietung von Ferienunterkünften über Buchungsportale - bittet der Ausschuss um nachrichtliche Einladung zur gemeinsamen Sitzung des Wirtschafts- und des Finanzausschusses am 27. Februar 2019. Darüber hinaus findet an dem Tag keine Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses statt.
- b) Über den Gesetzentwurf der Volksinitiative zum Schutz des Wassers, [Drucksache 19/1092](#), berät der Innen- und Rechtsausschuss in einer zusätzlichen Sitzung am 6. März 2019, 9 Uhr.
- c) Die Ausschussmitglieder werden gebeten, sich bei der Ausschussgeschäftsführung bis 1. März 2019 verbindlich zur Informationsreise nach Tallinn (11.-13. Juni 2019) anzumelden.

Schluss: 15:40 Uhr

gez. Dörte Schönfelder